

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 30.09.2011

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 19. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 27.09.2011****öffentlich****5.18 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007 3055/2011**

RM Tull äußert seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen scharfe Kritik an der Planung der Verwaltung, den Überweg über die Gleise als Z-Überweg auszubilden; hierzu liege keine Notwendigkeit vor. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf die zahlreichen, kontroversen Diskussionen und Appelle an die Verwaltung in der Vergangenheit.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, und BG Streitberger führen aus, dass dies mit den beteiligten Gremien – Bezirksregierung, Polizei, KVB und Amt für Straßen und Verkehrstechnik – aus Sicherheitsgründen so verabredet wurde. Aktuell sei vergangene Woche bereits die einfache Genehmigung erteilt worden.

Vorsitzender Waddey weist darauf hin, dass auch der heutige Überweg nicht als Z-Überweg gestaltet und es bisher zu keinerlei Unfallhäufigkeit gekommen sei; er könne die Überlegungen der Verwaltung in keiner Weise nachvollziehen und sei mit den Planungen in der vorliegenden Form nicht einverstanden.

BG Streitberger betont, dass kein Grundsatzbeschluss zur Vermeidung von Z-Überwegen existiere; er wisse auch nicht, wie die Genehmigungsbehörde mit einem Solchen umgehen würde. Er sei jedoch für Anregungen und Kritik offen und plädiere für eine jeweils Einzelfall bezogene Diskussion. Er bitte allerdings zu Bedenken, dass ein Z-Überweg, der die querenden Personen in Richtung der fahrenden Bahn bringe, wesentlich sicherer sei.

Für die FDP-Fraktion bittet RM Kirchmeyer nachdrücklich um Prüfung, in wie weit die Anlage von Z-Überwegen verpflichtend sei und welche Konsequenzen – auch hinsichtlich der Förderfähigkeit – ein grundsätzlicher Verzicht hätte.

Abschließend schlägt Ausschussvorsitzender Waddey vor, die Vorlage zunächst in die Bezirksvertretung zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Wortbeiträgen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt